

Pressemitteilung

**Stellungnahme: Maßnahmen für Kinder und Jugendliche sind inakzeptabel**

Aktuell lassen sich Stimmen in den Medien vernehmen, auch im Herbst 2022 seien weitere Einschränkungen von Nöten. Erneut geht es dabei um Kinder und Jugendliche, Tests, Maskenpflicht, Impfkampagnen; man wolle unbedingt Schul- und Kita-Schließungen vermeiden.

**Weitere Maßnahmen für Kinder und Jugendliche sind durch nichts zu rechtfertigen.**

Die Folgen\* der bisherigen Maßnahmen sind unübersehbar:

- Die Bundesregierung hat bereits zurecht im Juli 2021 von der Kommissarin für Menschenrechte des Europarats Dunja Mijatović für die ausgedehnten Schulschließungen eine **Rüge** erhalten.
- Schon Kita-Kinder erleben große **Defizite** beim Erwerb von Sprache und sozialen Fähigkeiten.
- Schülerinnen und Schüler kämpfen seit Schulschließungen und Wechselunterricht mit erheblichen **Lernrückständen**. Diese können sich auf ihr ganzes Leben auswirken.
- Eltern haben sich durch Mehrfachbelastungen **überanstrengt** und kaum Rücksicht, Anerkennung oder Wiedergutmachung erfahren.
- 161.000 Menschen wurden 2021 Opfer von häuslicher **Gewalt**. Hier muss von einer deutlich höheren Dunkelziffer ausgegangen werden. Frauenhäuser für misshandelte Frauen und ihre Kinder sind voll.
- Deutlich mehr Kinder und Jugendliche haben Essstörungen, Süchte und **psychische Erkrankungen** entwickelt. Hilfsangebote sind immer noch nicht ausreichend.
- Es wird laut Kriminalstatistik ein enormer Anstieg von **Missbrauchsdarstellungen** (Zunahme von 108 % auf 39.000 Fälle) und sexuellem **Missbrauch** (Plus von 6,3 % auf 15.500 Fälle) verzeichnet. Die Dunkelziffer wird beträchtlich höher sein, da Kinder sich insbesondere durch Einschränkungen, die sie direkt betreffen, weniger Hilfe suchen können bzw. Missbrauch unentdeckt bleibt. Kinder werden im Stich gelassen.
- **Suizidversuche** unter Kindern und Jugendlichen haben sich verdreifacht. Kinder und Jugendliche in Deutschland sind durch die Maßnahmen so belastet gewesen, dass sie sich das Leben nehmen wollten. Kinder- und Jugendpsychiatrien sind gänzlich überlastet.

\*Vergleiche hierzu Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e.V. (BKJV), Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE), Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e.V. (DGKJ), Bundeskriminalamt (BKA), Ständige Impfkommission (STIKO), Robert Koch-Institut (RKI) u. a.

Es ist bekannt\*, dass

- der Altersmedian laut RKI bei mit Corona verstorbenen bei **85** Jahren liegt.
- Schulen und Kitas **niemals** Pandemietreiber waren.
- die genutzten Maßnahmen **ungeeignet** waren, um Infektionen bei Kindern zu verhindern, da inzwischen ca. 80 % als genesen eingeschätzt werden, wobei Kinder oft **unbemerkt** oder nur mild an Corona erkrankten.
- Krankenhäuser **nicht** durch die Versorgung der Mit-Corona-Erkrankten überlastet sind oder dies zu erwarten sei.
- sich jede Person, die das möchte, durch Impfung, Maske, Abstand etc. **selbst** schützen kann.

Als Partei für Kinder, Jugendliche und Familien fordern wir, dass

- aktuell noch geltende Maßnahmen wie Maskenpflicht für Kinder in öffentlichen Verkehrsmitteln oder Ausschluss von ungeimpften Kindern und Jugendlichen von Ferienfreizeiten/Klassenfahrten **sofort beendet** werden.
- Kinder und Jugendliche zukünftig **keine Einschränkungen** mehr durch Corona-Maßnahmen erleiden müssen.
- die **Evaluierung** der Maßnahmen gewissenhaft durchgeführt und ausgewertet wird.
- man den **Fokus** auf Gefährdete richtet. Kindern ihre Kindheit und Jugendlichen ihre Jugend zu nehmen, schützt nicht die Vulnerablen; es ist völlig ungeeignet.
- ein offener Blick auf den Umgang anderer **Länder** mit der Pandemie getätigt wird, um zu prüfen, was andere womöglich besser gemacht haben.
- sich jede Person freiwillig für die angebotene **Impfung** entscheiden kann, ohne Zwang oder Druck z. B. durch Ausgrenzung.
- man wieder **Menschlichkeit** bewahren möge: Spielplatzsperrungen, Schulschließungen, Kindern ihre sozialen Kontakte zu nehmen, Frauen ohne Partner mit Maske gebären zu lassen, Senioren oder Kranken keine Besuche zu gestatten und Menschen am Ende ihres Lebens einsam sterben zu lassen – sind nur einige Beispiele dafür, dass Deutschland Mitgefühl und Fürsorge vor **Maßnahmeaktivismus** vergessen hat.
- **Grundrechte** eingehalten werden – auch und vor allem für Kinder.

**Kinder und Jugendliche erneut mit Corona-Maßnahmen einzuschränken, bedeutet, sie wesentlich für eine Politik, die vorgibt Leben schützen zu wollen, zu opfern.**

**Wir appellieren an die Politik und Medien, sie vor weiteren Maßnahmen zu schützen.**

**Partei Lobbyisten für Kinder**

[www.lobbyistenfuerkinder.de](http://www.lobbyistenfuerkinder.de)

\*Vergleiche hierzu Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e.V. (BKJV), Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE), Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e.V. (DGKJ), Bundeskriminalamt (BKA), Ständige Impfkommission (STIKO), Robert Koch-Institut (RKI) u. a.